



## Newsletter des Referats Lateinamerika und Karibik

**Ausgabe Nr. 2 - 2010**

**Dezember 2010**

[Aktueller Fokus](#) [Regionalprojekt](#) [Projekt Landesbüro](#) [Veranstaltungen](#) [Publikationen](#) [Personalia](#)

### ■ Aktueller Fokus

#### ■ Chancen und Probleme der Sicherheitspolitik in Lateinamerika und der Karibik



Zwei scheinbar gegenläufige Tendenzen bestimmen die regionale Sicherheit in Lateinamerika und der Karibik (LAK). Mit der Bildung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und insbesondere des Südamerikanischen Verteidigungsrates (CDS) haben sich Elemente einer multilateralen Sicherheitsarchitektur entwickelt. Dieser positiven Entwicklung steht die zunehmend gewaltsame Unterwanderung schwacher Staaten entlang der Achsen des Drogenhandels durch die organisierte Kriminalität gegenüber. Vor welchen sicherheitspolitischen Chancen und Grenzen steht Lateinamerika heute?

[mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

### ■ Regionalprojekt

#### ■ „Twitter, Twitter, Peng, Peng“ – Die Rolle der Neuen Medien in der politischen Kommunikation Lateinamerikas



Mit dem Wandel der Medien verändert sich auch deren Nutzung durch die Politik; scharf geschossen wird nun nicht mehr nur im Fernsehen, sondern auch in den sozialen Netzwerken des Internets. Sie scheinen weltweit die Rolle eines „virtuellen Ortsvereins“ eingenommen zu haben und damit die Basis politischer Bewegungen zu bilden. Das regionale Medien- und Kommunikationsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit Sitz in Bogotá organisiert vor diesem Hintergrund Fortbildungen zur Nutzung der Neuen Medien in Lateinamerika. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Projekt Landesbüro

### ■ Klimaschutz aus Eigennutz – Costa Rica und das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität



Klimaschutz aus Eigennutz – so lautet die politische Strategie des kleinen zentralamerikanischen Landes Costa Rica. Präsidentin Laura Chinchilla, seit Mai 2010 als erste Frau im höchsten Staatsamt, verfolgt das Ziel, für ihr Land als eines der ersten in der Welt eine CO<sub>2</sub>-neutrale Emissionsbilanz vorzuweisen. Für die Projektarbeit der FES ergeben sich im Vorfeld des Cancún-Gipfels ebenso reizvolle wie komplexe Herausforderungen in Costa Rica. Auf hochkarätig besetzten Dialogforen debattieren Politiker(innen) und Expert(inn)en über nationale Energiekonzepte und die Rolle des Landes beim internationalen Klimaschutz. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Veranstaltungen

### ■ Die Krise der Sozialdemokratie – ein europäisches Phänomen?



In Südamerika lädt die FES regelmäßig führende Vertreter(innen) progressiver Parteien zu einem internationalen Forum ein. Diesmal analysierten die Teilnehmer(innen) in Montevideo – gemeinsam mit Niels Annen, Mitglied im Vorstand der SPD – die Gründe für die Krise der Sozialdemokratie in Europa und den gegenwärtigen Erfolg der progressiven Parteien in Lateinamerika. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

### ■ Das progressive Projekt nach der Krise – gemeinsame Herausforderungen für Gewerkschaften und Parteien



In der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Unzulänglichkeiten des Neoliberalismus deutlich geworden. Das wachstumsbasierte Wirtschaftsmodell steht auf dem Prüfstand und es geht um nichts weniger als einen neuen Politikentwurf, der den Anspruch nachhaltigen Wirtschaftens mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung verbindet. Dieses Thema war Gegenstand eines zweitägigen FES-Forums in São Paulo für Gewerkschaften und Politiker(innen) aus Lateinamerika und Deutschland. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Internationales FES-Forum zu Klima und Entwicklung in Mexiko



Wie lässt sich eine positive ökonomische und soziale Entwicklung garantieren angesichts knapper werdender Ressourcen und des existenzbedrohenden Klimawandels? Im Vorfeld des UN-Klimagipfels im mexikanischen Cancún organisierte die FES ein internationales Forum zur Debatte über diese zentrale Frage. Hochrangige Politiker(innen) aus zwölf lateinamerikanischen Ländern diskutierten Anfang Oktober mit Jo Leinen, dem Vorsitzenden des Umweltausschusses im Europäischen Parlament, über Grüne Wirtschaft, Technologietransfer sowie die Erwartungen an den nahenden UN-Klimagipfel. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Argentinien auf der Couch – Träume und Traumata einer verunsicherten Nation



Argentinien war in diesem Jahr Ehrengast der Frankfurter Buchmesse – Anlass genug für die FES, um näher nach den Befindlichkeiten von Land und Leuten zu fragen. Dazu konnten prominente Gäste aus Argentinien gewonnen werden. Der ehemalige Vizepräsident des Landes, Carlos Álvarez, warnte davor, Argentinien entweder als Erfolgsmodell zu sehen oder aber nur seine Schattenseiten herauszustellen. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Ein erster Schritt in Richtung Gewerkschaftseinheit in Venezuela



Die Gewerkschaftslandschaft Venezuelas ist tief gespalten in regierungsnahe und oppositionelle Verbände. In den letzten Jahren zeigte sich jedoch immer deutlicher, dass der venezolanische Sozialismus des 21. Jahrhunderts für autonome Gewerkschaften jedweder Couleur keinen Platz vorsieht und es vielmehr vorzieht, diese durch neugeschaffene, systemkonforme Arbeiterräte zu ersetzen. Vor diesem Hintergrund haben sich 2009 Vertreter(innen) aus ganz unterschiedlichen Organisationen zu einer gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung namens *Movimiento Solidaridad Laboral* zusammengeschlossen, um die ideologische Spaltung zu überwinden und zur eigentlichen gewerkschaftlichen Kernaufgabe, der Vertretung von Arbeitnehmer(innen)interessen, zurückzukehren. Die FES lud im Oktober 2010 Mitglieder dieser neuen Gewerkschaftsbewegung zu einem Arbeitsaufenthalt nach Deutschland ein. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Kuba – Kontinuität und Wandel



Aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit mit den perspektivlosen Lebensumständen ist in Kuba eine Debatte über eine neue Balance zwischen Staats-, Genossenschafts- und Privatsektor in Gang gekommen – die Diskussion um ein zukünftig nachhaltigeres Entwicklungsmodell ist eröffnet. Vor diesem Hintergrund diskutierten Experten die jüngsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in Kuba in der FES Berlin. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Abrüstungspolitik: Lateinamerikas Regierungen und zivilgesellschaftliche Experten im Dialog



In den letzten beiden Jahren rückten Abrüstungsthemen mit der Prager Rede von US-Präsident Barack Obama und seiner Vision von „Global Zero“ – d. h. einer nuklearwaffenfreien Welt – ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Zudem laufen derzeit eine ganze Reihe von abrüstungspolitischen Prozessen, vornehmlich im Rahmen der Vereinten Nationen. Lateinamerikanische Staaten spielen hierbei in New York und Genf eine zentrale Rolle, die im Rahmen eines hochrangigen Expertenseminars in Montevideo intensiv diskutiert wurde. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Europäische Integration auf dem Prüfstand – Ursachen, Maßnahmen und Lehren der Eurokrise



Am 11. November trafen sich die in Berlin akkreditierten diplomatischen Vertreter(innen) Lateinamerikas und der Karibik in der FES zum jährlich stattfindenden Fachgespräch. Bei diesem nunmehr siebten Treffen wurde über die Eurokrise diskutiert: über ihre Ursachen, die politischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung und die Lehren daraus. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Verleihung des Menschenrechtspreises der FES 2010 an die mexikanische Gewerkschafterin Marcelina Bautista Bautista



Die FES verleiht seit 1994 jedes Jahr einen Menschenrechtspreis an Menschen, die sich in besonderem Maße für andere Menschen und deren Rechte eingesetzt haben. Im Jahr 2010 ging die Auszeichnung an die Mexikanerin Marcelina Bautista Bautista, die Generalsekretärin der Konföderation der Hausangestellten in Lateinamerika und der Karibik. [mehr](#)

[↑ Zurück Index](#)

## Aktueller Fokus

### Chancen und Probleme der Sicherheitspolitik in Lateinamerika und der Karibik



Zwei scheinbar gegenläufige Entwicklungen bestimmen die regionale Sicherheit in Lateinamerika und der Karibik (LAK). Auf dem südamerikanischen Subkontinent haben sich unter Führung der sozialdemokratischen Regierungen mit der Bildung der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und insbesondere des Südamerikanischen Verteidigungsrates (CDS) Elemente einer multilateralen Sicherheits- und Konfliktlösungsarchitektur entwickelt. Seit seiner Gründung Anfang 2009 fungierte der CDS wiederholt als Forum zur Reduzierung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte in der Andenregion. Dieser positiven Entwicklung steht die zunehmend gewaltsame Bedrohung und Unterwanderung schwacher Staaten bzw. staatlicher Institutionen entlang der Achsen des Drogenhandels in den Andenländern, Zentralamerika, Mexiko und der Karibik durch die organisierte Kriminalität gegenüber.

Trotz der Widersprüchlichkeit dieser parallelen Entwicklungen handelt es sich um subregional unterschiedliche Reaktionen auf die gleichen externen und internen Entwicklungen. Bei den externen Faktoren spielen die geänderten außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten der USA in der Region die wichtigste Rolle: Die Reorientierung der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik nach den Anschlägen vom September 2001 hat sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Subregionen. Einerseits zog sich die USA als Führungsmacht aus Südamerika zurück – und überließ bereits unter George Bush Jr. Brasilien diese Rolle in der Subregion. Andererseits konzentriert sich die USA in Mexiko,

Zentralamerika und den Andenländern auf eng umrissene Prioritäten: die Bekämpfung des Drogenanbaus und des sogenannten Terrorismus (= interne Guerilla) in den Andenländern (vor allem Kolumbien) und die Bekämpfung von Drogenhandel und illegaler Migration in Zentralamerika, Mexiko und der Karibik. Dabei stellt sich die Entscheidung, das Drogenproblem vor allem an der Quelle, also dem Drogenanbau in den Andenländern, zu bekämpfen, zunehmend als strategischer Fehler heraus, der die Probleme mit organisierter Kriminalität entlang den Routen des Drogenhandels verschärft hat. Gleichzeitig aber hat Kolumbien die massive Militär- und

Wirtschaftshilfe dazu genutzt, erstmals in seiner Geschichte einen ausreichenden zentralstaatlichen Militär- und Polizeiapparat aufzubauen, um tendenziell die nichtstaatlichen bewaffneten Akteure auf seinem Territorium – und dem von Nachbarstaaten – bekämpfen zu können.

Entscheidend für die sicherheitspolitischen Auswirkungen externer Faktoren in der Region sind vor allem zwei in fast allen Ländern anzutreffende, aber unterschiedlich ausgeprägte Governance-Charakteristika: Die Kombination von schwacher (Rechts-)Staatlichkeit und Allianzen von lokalen Eliten mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen und organisierter Kriminalität begünstigt deren Wachstum. Besonders betroffen sind natürlich die Länder auf den Achsen der Drogenwirtschaft, aber auch die vom Staat vergessene Peripherie brasilianischer Großstädte. Die erfolgreiche Bekämpfung dieser Tendenzen erfordert gleichzeitig die Stärkung des zentralstaatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Institutionen, die den gestärkten Repressionsapparat unter Kontrolle halten müssen. Im nördlichen Dreieck Zentralamerikas (Honduras, El Salvador, Guatemala) deutet sich an, dass dies ohne externe Interventionen u. U. nicht möglich sein wird. Die auf der Grundlage eines Vertrages mit der guatemalteckischen Regierung von den VN eingerichtete CICIG (Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala) ist ein Beispiel für eine solche Intervention mit allerdings ambivalenten Ergebnissen, die darauf hindeuten, dass die Interventionsformen verbessert werden müssten.

Nachhaltig wird die Bekämpfung dieser Allianzen und der Aufbau des Staates allerdings erst dann, wenn die Länder ein flächendeckendes System staatlicher Dienstleistungen und minimaler sozialer Sicherheit entwickeln.

Die Entstehung von UNASUR/CDS ist eine Reaktion auf den sicherheitspolitischen Rückzug der USA aus der Region und auf das Interesse der südamerikanischen Länder, eine Form des regionalen Konfliktmanagements ohne Beteiligung der USA zu finden. Die spezifische Entwicklung und Funktionsweise von UNASUR und CDS ist dagegen Ergebnis der präsidentiellen Regierungssysteme und populistischen politischen Kulturen. Eine verstärkte Institutionalisierung der UNASUR/CDS-Architektur steht vorerst nicht auf der Agenda, denn sie würde das Primat der Innenpolitik populistischer Präsidenten gefährden, die es im Zweifelsfall vorziehen, tatsächliche oder vorgebliche Konflikte mit den Nachbarländern als nationalistische Mobilisierungsreserve zur Verfügung zu

haben.

Für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik steht vor diesem Hintergrund vor allem die Unterstützung von Politiken auf der Tagesordnung, die die organisierte Kriminalität schwächen und demokratische Rechtsstaatlichkeit stärken. Innovativ könnte in diesem Zusammenhang zum einen die Förderung weitreichender Reformen in der Drogenpolitik sein, um der organisierten Kriminalität und anderen nichtstaatlichen Gewaltakteuren in LAK ihre wichtigste Einnahmequelle zu nehmen. Zum anderen könnte die Weiterentwicklung kooperativer und präventiver Interventionsmechanismen in schwachen Staaten wie CICIG in Guatemala wichtige Impulse für andere Regionen bieten.

Hans Mathieu, FES Kolumbien

Foto: Jochen Schüller

[↑ Zurück Index](#)

## Regionalprojekt

### „Twitter, Twitter, Peng, Peng“ – Die Rolle der Neuen Medien in der politischen Kommunikation Lateinamerikas



Mit dem Wandel der Medien verändert sich auch deren Nutzung durch die Politik; scharf geschossen wird nun nicht mehr nur im Fernsehen, sondern auch in den sozialen Netzwerken des Internets. Sie scheinen weltweit die Rolle eines „virtuellen Ortsvereins“ eingenommen zu haben und damit die Basis politischer Bewegungen zu bil-

den. Politische Macht misst sich mittlerweile auch an der Anzahl der Gefolgsleute bei Twitter, der Anzahl der User auf der eigenen Homepage und der Anzahl der Freunde auf Facebook.

Hinlänglich bekannt ist der Einfluss der populären „Telenovelas“ (lateinamerikanische Seifenopern), die ein scheinbar ideales Gesellschaftsbild vorführen, der nur noch durch die Macht der Kirche überboten wird. Bisher war das Fernsehen das dominierende Instrument der Meinungsbildung auf dem Kontinent. Stundenlang redet Hugo Chávez in seiner eigenen Sendung „Aló Presidente“. Es wird gesungen, geschimpft, geweint und gelacht, der Präsident teilt seine Emotionen gerne und ausführlich mit den Venezolaner(inne)n. Aber auch Kolumbiens ehemaliger Präsident Álvaro Uribe inszenierte sich gerne vor breiter medialer Front. Er folgte seinem politischen Kontrahenten Chávez mit der Sendung „Consejo Communal“, die

jeden Samstag acht Stunden lang den Präsidenten im Dialog mit einer ausgewählten Gemeinde zeigt. Die „Tele-Präsidenten“ (vgl. "Los Tele-Presidentes: Cerca del Pueblo, lejos de la Democracia", [www.c3fes.net/docs/los-telepresidentes.pdf](http://www.c3fes.net/docs/los-telepresidentes.pdf)) Lateinamerikas sind berühmt für ihre oft paternalistischen, herzerreißenden Auftritte. Direkte Demokratie sollen die medialen Inszenierungen suggerieren. Aber es stellt sich die Frage, ob die Demokratie nicht weit weg ist, wenn sie nicht durch Institutionen repräsentiert wird und wenn Inhalte der bloßen Darbietung von Kommunikation weichen.

Zu erklären ist dieser „Kampf“ in den Medien in Lateinamerika teils durch das extreme Verhältnis zwischen Staat und privaten Medien, die ein kommerzialisiertes Meinungsmonopol innehaben, wie es in Europa nicht existiert. Wahlkämpfe werden primär durch die Medien geführt, die Kandidaten diskreditieren oder aufstellen. Aber auch in Europa spielen politische Bewegungen und ihre Diskurse in den Neuen Medien eine zunehmend wichtige Rolle. Sie bieten auch strukturell benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft Zugang zu Meinungsbildungsprozessen. Soziale, politische Gruppen können so teilhaben an Debatten, die sie betreffen, und sich darüber hinaus in Foren organisieren und zu den unterschiedlichen Governance-Ebenen Stellung beziehen. Klar ist: ohne die Neuen Medien ist keine Politik mehr möglich, das Wissen über ihre Nutzung ist essentiell für politische Kommunikation geworden. Im Vergleich zum Fernsehen erfordert diese Öffentlichkeit keine Repräsentation innerhalb des politischen Establishments und der Medienkonzerne, die bestimmen, wer wann wie lange und worüber reden darf. Alle Bürger(innen) haben die Möglichkeit, sich zu beteiligen, wenn sie nur wissen, wie.

Das regionale Medien- und Kommunikationsprojekt der FES (C3) mit Sitz in Bogotá organisiert vor diesem Hintergrund Fortbildungen zur Nutzung der Neuen Medien für Nachwuchskräfte progressiver Parteien in Mexiko, Kolumbien, Ecuador, Argentinien und Zentralamerika. Zudem arbeitet es mit Bürgerradios und Basisorganisationen zum Thema Recht auf Kommunikation. So fand zum Beispiel in Ecuador ein zweitägiges Seminar zur Nutzung des Web 2.0 zur Kommunikation und sozialen Mobilisierung statt. An diesem Workshop nahmen vor allem soziale Gruppen und progressive junge Akteure teil, die über die Macht der Kommunikation in einer medialen Gesellschaft debattierten und lernten, wie politische Anliegen über das Internet kommuniziert und organisiert werden können. Auch die regionale Gewerkschaftsarbeit in Zentralamerika nutzt mit Hilfe von C3 die Neuen Medien. Videos, Blogs, Facebook und Twitter können dazu beitragen, die Rechte der Arbeitnehmer(innen) zu stärken, indem Kampagnen organisiert und Informationen verbreitet werden.

C3 legt darüber hinaus seinen Arbeitsschwerpunkt auf die Analyse der medienpolitischen Situation in Lateinamerika und bietet den FES-Büros Fachinformationen und Hilfe bei der Planung und Durchführung von Studien und medienpolitischen Debatten sowie Beratungsleistungen an. Das Ziel der Projektarbeit ist die Demokratisierung der Kommunikation und die Förderung des politischen Dialogs über eine entsprechende Medienstrukturpolitik.

Mehr Informationen finden Sie unter: [www.c3fes.net](http://www.c3fes.net)

Katharina Hofmann, FES Berlin

[↑ Zurück Index](#)

## Projekt Landesbüro

### Klimaschutz aus Eigennutz – Costa Rica und das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität



Klimaschutz aus Eigennutz – so lautet die politische Strategie des kleinen zentralamerikanischen Landes Costa Rica. Präsidentin Laura Chinchilla, seit Mai 2010 als erste Frau im höchsten Staatsamt, verfolgt das Ziel, für ihr Land als eines der ersten in der Welt eine CO<sub>2</sub>-neutrale Emissionsbilanz vorzuweisen. Aufgrund der Aufforstungsprogramme vergangener Jahre existieren dafür gute Voraussetzungen. Der UN-Klimagipfel im mexikanischen Cancún Anfang Dezember 2010 soll nun die Vorreiterrolle Costa Ricas noch bekannter machen, obwohl das Land – mangels Größe – im internationalen Emissionshandel kaum eine Rolle spielen wird. Allerdings erhofft man sich zusätzliche Werbeeffekte für die Tourismusindustrie und andere Dienstleistungssektoren. Für die Projektarbeit der FES ergeben sich im Vorfeld des Cancún-Gipfels ebenso reizvolle wie komplexe Herausforderungen in Costa Rica. Auf hochkarätig besetzten Dialogforen debattieren Politiker(innen) und Expert(inn)en über nationale Energiekonzepte und die Rolle des Landes beim internationalen Klimaschutz.

Das kleine zentralamerikanische Land Costa Rica hat in den letzten Jahren eine beachtliche Entwicklung durchlaufen. So verdoppelte sich das Sozialprodukt in zwölf Jahren und die durchschnittliche Lebenserwartung erreicht mit fast 79 Jahren einen internationalen Spitzenwert. Als Grund hierfür gilt die relativ große politische und soziale Stabilität. Diese schätzen auch internationale Investoren, die sich vorrangig im Agrar- und Dienstleistungssektor engagieren. Gerade für die Entwicklung des Tourismus war es wichtig, dass man über die Ausweisung von Nationalparks schon früh eine Attraktion für

den devisenstarken Sektor des „Ökotourismus“ schuf; fast zwei Millionen Touristen aus aller Welt – bei einer Einwohnerzahl von lediglich 4,3 Millionen – zeugen heute vom Erfolg der Strategie. Diese Politik wurde in der Vergangenheit sowohl von konservativen wie progressiven Regierungen verfolgt, und so ist es nichts Außergewöhnliches, dass gleich mehrere Kabinettsmitglieder der aktuellen Regierung ausgewiesene Umweltexperten sind. Trotz aller Erfolge können der tatsächlich praktizierte Umweltschutz und die Energieeffizienz bislang nicht unbedingt als vorbildlich gelten. Mangelhafte Abfallsorgung und ein großzügiger Umgang mit knappen Ressourcen zeigen die Notwendigkeit, Entwicklungsprozesse und Lebensstil an die verkündeten Ansprüche anzupassen – dies umso mehr, als der gepriesene Fortschritt bisher nur zum Teil der Bevölkerung zugute kam, wie die große Kluft zwischen Arm und Reich zeigt.

Vor diesem Hintergrund integriert die FES in Costa Rica in ihrem politischen Dialogansatz nationale und internationale Diskussionen zum Thema Klimaschutz, mit Referenten wie Außenminister René Castro oder dem deutschen Botschafter in Costa Rica. Ziel ist es, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz als Faktoren zu begreifen, die sich wechselseitig beeinflussen, wenn nicht gar bedingen. Dieser Arbeitsansatz wird ebenfalls im regionalen Netzwerk der zentralamerikanischen FES-Büros verfolgt, zumal Klimawandel und ansteigender Meeresspiegel gerade in dieser von Wirbelstürmen und Überschwemmungen heimgesuchten Region eine Gefahr darstellen. So werden diese Problemstellungen als Teil der Fortbildungsarbeit mit politischen Führungskräften und im Erfahrungsaustausch von Nachwuchspolitikern(innen) behandelt. Ein Beispiel dafür ist das internationale Seminar zur Jugendpolitik vom 20. bis 23. Oktober 2010 in San José, auf dem der costaricanische Vizepräsident Alfio Piva Mesén die CO<sub>2</sub>-Neutralitäts-Strategie der Regierung vorstellte. Das Seminar zeigte, dass der Klimawandel und seine Folgen die heranwachsende Generation von Politiker(inne)n stark beschäftigen.

FES in Zentralamerika: [www.fesamericacentral.org](http://www.fesamericacentral.org)

Michael Langer, FES Costa Rica



## Veranstaltungen

### Die Krise der Sozialdemokratie – ein europäisches Phänomen?



In den vergangenen Jahren vollzog sich in Europa und Lateinamerika eine gegensätzliche politische Entwicklung: Während sich in Europa die politische Landkarte immer deutlicher zuungunsten sozialdemokratischer Regierungen einfärbte, erlebte Lateinamerika die sogenannte „pink tide“, im Zuge derer in der Mehrheit der Länder linke Parteienbündnisse die Regierungsverantwortung übernahmen. Insbesondere im Süden des Subkontinents (Cono Sur) blicken progressive Parteien auf eine erfolgreiche Regierungsbilanz zurück. Angesichts ihrer Wahlerfolge könnte der Eindruck entstehen, dass die Krise der europäischen Sozialdemokratie die lateinamerikanische Linke unberührt lässt. Doch das Gegenteil ist der

Fall: Die progressiven Parteien in der Region äußern Interesse an der Debatte über die Zukunft der Sozialdemokratie in Europa.

Aus diesem Anlass widmete die FES ein Treffen des *Foro de Partidos Progresistas* dem Thema „Die aktuellen Herausforderungen der progressiven Parteien in Lateinamerika und der europäischen Sozialdemokratie“. Bei dem Forum handelt es sich um ein regelmäßig stattfindendes Treffen führender Vertreter(innen) progressiver Parteien des Cono Sur, das die FES veranstaltet. Diesmal analysierten die Teilnehmer(innen) in Montevideo – gemeinsam mit

Niels Annen, Mitglied im Vorstand der SPD – die Gründe für die Krise der Sozialdemokratie in Europa und den gegenwärtigen Erfolg der progressiven Parteien in Lateinamerika. Diskutiert wurden erfolgreiche Reformen progressiver Regierungen, Erfahrungen mit der Aufnahme neuer Themen in das Parteiprogramm, die Organisation der Parteilarbeit und das Verhältnis zwischen Partei und Wählerschaft. So unterschiedlich die Rahmenbedingungen in den verschiedenen Regionen, und selbst in einzelnen Ländern sein mögen; das Forum zeigte, dass von dem länderübergreifenden Austausch sowohl für die lateinamerikanische als auch die europäische Debatte wichtige Impulse ausgehen können.

[↑ Zurück Index](#)

### Das progressive Projekt nach der Krise – gemeinsame Herausforderungen für Gewerkschaften und Parteien

In der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Unzulänglichkeiten des Neoliberalismus deutlich geworden. Gleichzeitig hat die Krise neue Denk- und Gestaltungsräume eröffnet. Das wachstumsbasierte Wirtschaftsmodell steht auf dem Prüfstand und es geht um nichts weniger als einen neuen Politikentwurf, der den Anspruch nachhaltigen Wirtschaftens mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung verbindet. Dieses Projekt kann nur durch eine gemeinsame Anstrengung progressiver

Akteure – innerhalb und außerhalb des Parlaments – gelingen.

Dabei lohnt sich der Blick nach Lateinamerika: Gebeutelt von den dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen fehlgeleiteter Entwicklungskonzepte haben die Diskussionen um Alternativmodelle jenseits des Neoliberalismus in vielen Ländern bereits um die Jahrtausendwende begonnen. Während in immer mehr europäi-



schen Staaten progressive Parteien auf der Oppositionsbank Platz nehmen mussten, wurden in Brasilien, El Salvador und Uruguay Regierungen ins Amt gewählt, die – getragen von breiten sozialen Bewegungen und im

Schulterschluss mit den Gewerkschaften – für eine neue Politik der sozialen Gerechtigkeit eintreten. Doch auch dort ist die politische Allianz zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer Linke nicht frei von Widersprüchen und Konflikten.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den Interessen und Strategien von Gewerkschaften und progressiven Parteien im Hinblick auf die Gestaltung eines neuen Wirtschafts- und Sozialmodells standen im Mittelpunkt eines zweitägigen FES-Forums in São Paulo. Neben Delegierten der lateinamerikanischen Gewerkschaften und Parteien nahmen an der vom Regionalen Gewerkschaftsprojekt der FES organisierten Veranstaltung auch deutsche Parlamentarier(innen) und Vertreter(innen) von DGB und IG-Metall teil.

[↑ Zurück Index](#)

## Internationales FES-Forum zu Klima und Entwicklung in Mexiko



Wie lässt sich eine positive ökonomische und soziale Entwicklung garantieren angesichts knapper werdender Ressourcen und des existenzbedrohenden Klimawandels? Eine Antwort auf diese Frage lässt sich nur auf globaler Ebene formulieren. Die Vorstellungen über eine ökologisch verträgliche wirtschaftliche Entwicklung liegen allerdings noch weit auseinander. In Lateinamerika steht bei dieser Debatte noch verbreitet der scheinbare Gegensatz zwischen nachhaltiger Energiewirtschaft und Umweltschutz einerseits sowie Entwicklung und Wachs-

tum andererseits im Vordergrund. Diesen Gegensatz aufzulösen, dazu möchte das regionale Energie- und Klimaprojekt der FES in Lateinamerika beitragen. Ziel ist ein systematischer und strategischer Austausch progressiver Kräfte innerhalb Lateinamerikas sowie mit Europa zu Kriterien einer ökologisch verträglichen Wirtschaftsentwicklung.

Im Vorfeld des UN-Klimagipfels im mexikanischen Cancún organisierte die FES daher ein internationales Forum zu Entwicklung und Klimaschutz. Hochrangige Politiker(innen) aus zwölf lateinamerikanischen Ländern diskutierten Anfang Oktober über Grüne Wirtschaft, Technologietransfer sowie die Erwartungen an den nahenden UN-Klimagipfel. Mit der Konferenz wollte die FES einerseits ein Netzwerk energie- und klimapolitisch engagierter linker Politiker(innen) begründen, das in Zukunft ausgebaut werden soll. Zum anderen konnten Best-Practice-Erfahrungen ausgetauscht werden, so zu Costa Ricas Strategie der CO<sub>2</sub>-Neutralität oder zum Klima-Aktionsplan von Mexiko-Stadt. Zudem erläuterte Marcelo Ebrard, der Bürgermeister von Mexiko-Stadt, im Rahmen seiner Eröffnungsrede seine

Initiative, auf Städteebene einen globalen Pakt gegen den Klimawandel zu schmieden.

Auch mögliche Kooperationen zwischen Lateinamerika und Deutschland bzw. Europäischer Union wurden debattiert. Als Vertreter der europäischen Sozialdemokratie nahm Jo Leinen an der Konferenz teil, Vorsitzender des

Umweltausschusses im Europäischen Parlament sowie Delegationsleiter des Parlaments bei den Klimagipfeln in Kopenhagen und Cancún. In der Diskussion wurden trotz aller ideologischen Unterschiede zentrale Gemeinsamkeiten der lateinamerikanischen Linken deutlich: So wird einhellig die Formulierung eines neuen Wirtschaftsmodells abseits rein kapitalistischer Prinzipien verlangt.

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Argentinien auf der Couch – Träume und Traumata einer verunsicherten Nation



Argentinien war in diesem Jahr Ehrengast der Frankfurter Buchmesse – Anlass genug für die FES, um näher nach den Befindlichkeiten von Land und Leuten zu fragen. So konnten für eine Podiumsdiskussion, die auf der Buchmesse und in Berlin am 09. und 11. Oktober 2010 stattfand, prominente Gäste aus Argentinien gewonnen werden. Der ehemalige Vizepräsident des Landes, Carlos Álvarez, warnte davor, Argentinien entweder als Erfolgsmodell zu sehen oder aber nur seine Schattenseiten herauszustellen. Kein anderer südamerikanischer Staat habe so viele Wechselbäder aus Aufstieg und Niedergang erlebt wie Argentinien, das Anfang des 20. Jahrhunderts das entwickeltste Land Lateinamerikas und in vieler Hinsicht mit Europa zu vergleichen war, mittlerweile aber weit hinter andere Länder zurückgefallen ist. Als

Mitglied der G 20 spiele es aber im Konzert der Großen nach wie vor mit. Die Schriftstellerin Beatriz Sarlo verwies auf die Gewaltherrschaft der Militärs, die die blutigste des ganzen Subkontinents war und traumatische Spuren sowohl bei Einzelnen als auch im kollektiven Gedächtnis hinterlassen habe. Die Aufarbeitung der Verbrechen zeige aber, dass sich Argentinien seiner Vergangenheit stelle. Auch Gabriel Kessler, Professor an der Universidad Nacional de la Plata in Buenos Aires, sah angesichts des argentinischen Reichtums an strategischen Rohstoffen und Agrargütern keinen Anlass, düster in die Zukunft zu schauen. Argentinien werde sich weiter entwickeln, ein guter Nachbar in einem komplexen regionalen Umfeld sein und gleichzeitig die Chancen nutzen, die ihm die Globalisierung bietet.

Genau so interessiert wie das Publikum der Frankfurter Buchmesse waren die Anwesenden der gleichnamigen Veranstaltung, die zwei Tage später im vollbesetzten Hause der FES Berlin stattfand. Für den neuen argentinischen Botschafter Victorio Taccetti war seine Teilnahme an der Veranstaltung eine der ersten Amtshandlungen in Berlin. Beide Gelegenheiten wurden auch dazu genutzt, das deutschsprachige Sonderheft der Nueva Sociedad vorzustellen, das in diesem Jahr Argentinien gewidmet ist. Lesen Sie mehr dazu unter [www.nuso.org](http://www.nuso.org)

[↑ Zurück Index](#)

## Ein erster Schritt in Richtung Gewerkschaftseinheit in Venezuela



Die Gewerkschaftslandschaft Venezuelas ist tief gespalten in regierungsnahen und oppositionellen Verbänden. In den letzten Jahren zeigte sich jedoch immer deutlicher, dass der venezolanische Sozialismus des 21. Jahrhunderts für autonome Gewerkschaften jedweder Couleur keinen Platz vorsieht und es vielmehr vorzieht, diese durch neugeschaffene, systemkonforme Arbeiterräte zu ersetzen. Vor diesem Hintergrund haben sich 2009 Vertreter(innen) aus ganz unterschiedlichen Organisationen zu einer gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung namens *Movimiento Solidaridad Laboral* zusammengeschlossen, um die ideologische Spaltung zu überwinden und zur eigentlichen gewerkschaftlichen Kernaufgabe, der Vertretung von Arbeitnehmer(innen)interessen, zurückzukehren.

[↑ Zurück Index](#)

## Kuba – Kontinuität und Wandel

Nach einer Phase der Stagnation hat die kubanische Politik in diesem Jahr auf mehreren Feldern an Dynamik gewonnen. Die Regierung hat angekündigt, eine halbe Million Staatsbediensteter zu entlassen. Grund ist die sich zuspitzende Wirtschaftskrise, die die ökonomische Handlungsfähigkeit des Staates fast vollständig zum Erliegen gebracht hat. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Fehlentwicklung zeigt sich in zunehmenden Versorgungsengpässen, einem blühenden Schwarzmarkt, einer akuten Liquiditätsklemme des Staates, fallender Produktivität, fortge-

setzter Deindustrialisierung und anhaltenden Außenwirtschaftsdefiziten. Vor diesem Hintergrund diskutierten Expert(innen) die jüngsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in Kuba in der FES Berlin. Aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit mit den perspektivlosen Lebensumständen ist in Kuba eine Debatte über eine neue Balance zwischen Staats-, Genossenschafts- und Privatsektor in Gang gekommen – die Dis-

Die FES lud im Oktober 2010 Mitglieder dieser neuen Gewerkschaftsbewegung zu einem Arbeitsaufenthalt nach Deutschland ein. Ziel war es, die deutschen Erfahrungen der Betriebsratsarbeit und das deutsche Mitbestimmungsmodell kennenzulernen. Auf dem Programm standen neben Gesprächen mit Vertreter(innen) des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der IG Metall und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie auch zwei Betriebsbesichtigungen. Ein Besuch der Raffinerie in Schwedt ermöglichte Einblicke in die Betriebsratsarbeit eines ostdeutschen Unternehmens, das nach der Wende einen grundsätzlichen Umstrukturierungsprozess durchlaufen hat. In Wolfsburg erfuhren die Teilnehmer(innen) mehr über die Besonderheiten des VW-Gesetzes und die Betriebsratsarbeit in einem Konzern, dessen Weltbetriebsrat sich für die Einhaltung von Arbeitsstandards an allen Standorten des Unternehmens weltweit einsetzt.

Über die gemeinsamen Herausforderungen für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in Venezuela berichteten die Teilnehmer(innen) des Besuchsprogramms im Gesprächskreis Lateinamerika der SPD-Bundestagsfraktion. Ihr Vortrag über die jüngsten politischen Entwicklungen nach den Wahlen stieß auf reges Interesse.



kussion um ein zukünftig nachhaltigeres Entwicklungsmodell ist eröffnet. Parallel zu diesem Wandel gehen auch im politischen System die Veränderungen weiter. Staatschef Raúl Castro hat inzwischen die wichtigsten Posten mit Leuten seines Vertrauens aus dem Militär be-

setzt. Seit dem Frühjahr ist die Staatsführung auch in einen Dialog mit zivilgesellschaftlichen Kräften, namentlich der katholischen Kirche, über eine Öffnung in der Menschenrechtsfrage getreten. Eine Folge dieser innerkubanischen Gespräche ist die sukzessive Freilassung von politischen Gefangenen. Auch die Aufhebung der Reiserestriktionen für in den USA lebende Kubaner(innen) und der Beschränkungen zur Höhe der Rücküberweisungen, die sie an ihre Verwandten auf Kuba vornehmen dürfen, hinterlässt Spuren. Nie zuvor gab es einen so regen Waren- und Ideenaustausch, halbstündlich hebt ein Flugzeug von Miami nach Havanna ab.

Kehrseite dieser Entwicklung ist eine zunehmende Ungleichheit in der kubanischen Gesellschaft, denn nicht alle haben Zugang zu ausländischen Devisen.

Foto: Jochen Schüller

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Abrüstungspolitik: Lateinamerikas Regierungen und zivilgesellschaftliche Experten im Dialog



Mit dem Regierungswechsel in Washington 2009 ist die Abrüstungspolitik wieder in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon stellte Ende 2008 einen Fünf-Punkte-Plan zur weltweiten nuklearen Abrüstung vor und rief die Staaten auf, die Abrüstungsvorschläge in ihrer Region zu debattieren.

Auf Initiative der uruguayischen Regierung veranstalteten am 8. und 9. November das Außenministerium Uruguays, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Nichtregierungsorganisation *Global Action to Prevent War* in Montevideo ein Seminar, um auf der Grundlage des Fünf-Punkte-Plans des Generalsekretärs über die Chancen und Herausforderungen der Abrüstungspolitik in Lateinamerika und der Karibik zu diskutieren. An dem Seminar nahm der Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen Sergio Duarte teil, der die Veranstaltung mit einem Grußwort des Generalsekretärs Ban Ki-moon eröffnete. Mit Libran Cabactulan, dem Vorsitzenden der achten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag, die im Mai 2010 in New York stattfand, und Roberto García Moritan, der den Verhandlungen über ein Waffenhandelsabkommen vorsitzt, waren führende Persönlichkeiten aus dem Bereich der multilateralen Abrüstungsverhandlungen auf dem Seminar vertreten.

Lateinamerikanische Staaten spielen in der Abrüstungspolitik, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, eine zentrale Rolle. Außerhalb New Yorks und Genfs ergeben sich jedoch nur selten Gelegenheiten, dass staatliche Entscheidungsträger(innen), Wissenschaftler(innen) und Experten(innen) aus der Zivilgesellschaft sowie Repräsentant(inn)en der Vereinten Nationen zu einem Austausch zusammenkommen. Die Regierungen nahmen daher die Gelegenheit wahr, hochrangige Vertre-

ter(innen), wie zum Beispiel Obamas Berater für Massenvernichtungswaffen Gary Samore, nach Montevideo zu entsenden. Neben der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung standen weitere Themen auf der Agenda des Seminars, die für die regionale Sicherheit in Lateinamerika von zentraler Bedeutung sind. Hierzu zählt an erster Stelle die Kontrolle des Handels mit Kleinwaffen, die angesichts der Opferzahlen durchaus als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden können.

[↑ Zurück Index](#)

## ■ Europäische Integration auf dem Prüfstand – Ursachen, Maßnahmen und Lehren der Eurokrise



Am 11. November trafen sich die in Berlin akkreditierten diplomatischen Vertreter(innen) Lateinamerikas und der Karibik in der Friedrich-Ebert-Stiftung zum jährlich stattfindenden Fachgespräch. Bei diesem nunmehr siebten Treffen wurde über die Eurokrise diskutiert: über ihre Ursachen, die politischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung und die Lehren daraus.

Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Chefvolkswirt bei der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), betonte in seiner Analyse der historischen Gründe für die Eurokrise, dass eine Trennung der realen und der monetären Sphäre aus ökonomischer Perspektive (nach Keynes) nicht möglich sei. Auch mit Blick auf die monetären Integrationsbestrebun-

gen in Lateinamerika hob Flassbeck hervor, dass die Vorstellung von staatlicher Autonomie in einer derart verflochtenen Welt letztlich eine Fiktion sei. Prof. Dr. Sebastian Dullien von der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Berlin ging anschließend auf die Ursachen der Griechenlandkrise im Detail ein und verwies insbesondere auf die Rolle, die Deutschland für die Handelsbilanzdefizite innerhalb der Eurozone (Exportüberschuss, Lohnentwicklung etc.) spielt. Bei seiner Analyse der politischen Reaktionen auf die Eurokrise bewertete er die bisherigen Ansätze als durchaus in die richtige Richtung weisend, war aber alles in allem eher pessimistisch

was die tatsächliche Durchsetzung der Maßnahmen angeht. Demnach sei die Krise noch nicht überwunden, vielmehr stünden neue Krisen bevor. Prof. Dr. Barbara Fritz vom Lateinamerika-Institut und dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU Berlin gab abschließend einen Überblick über regionale monetäre Integrationsbestrebungen in Lateinamerika wie z. B. die Einführung des SUCRE als Buchgeld in den ALBA-Staaten. Dabei betonte sie, vor dem Hintergrund der Eurokrise sei deutlich geworden, dass eine real-monetäre Zusammenarbeit immer in einem größeren makroökonomischen Kooperationskontext angesiedelt sein müsse, in dem z. B. auch Fragen der Lohnentwicklung berücksichtigt würden.

[↑ Zurück Index](#)

## Verleihung des Menschenrechtspreises der FES 2010 an die mexikanische Gewerkschafterin Marcelina Bautista Bautista



Den diesjährigen Menschenrechtspreis verlieh die Friedrich-Ebert-Stiftung der Mexikanerin Marcelina Bautista Bautista für ihren Einsatz für die Rechte von Hausangestellten. Dieser Einsatz zieht sich durch das Leben der Mexikanerin, die bereits mit 14 Jahren als Hausangestellte arbeiten musste, und die mit 22 Jahren die Gruppe „La Esperanza“ („die Hoffnung“) gründete, mit dem Ziel, Frauen im Hausangestelltensektor über ihre Rechte aufzuklären. Heute ist Frau Bautista Direktorin des Beratungszentrums für Hausangestellte in Mexiko (CACEH) sowie Generalsekretärin der Konföderation der Hausangestellten in Lateinamerika und der Karibik (CONLAC-TRAHO).

Weltweit, so Schätzungen, sind mehr als 100 Millionen

Menschen – in ihrer absoluten Mehrheit Frauen – als Hausangestellte beschäftigt. In Lateinamerika arbeiten etwa elf Millionen in privaten Haushalten, häufig in äußerst prekären Verhältnissen, ohne soziale Absicherungen und mit Löhnen, die unter den gesetzlichen Mindestlöhnen liegen. Von den zwei Millionen Mexikanerinnen, die in privaten Haushalten tätig sind, haben lediglich fünf Prozent einen Arbeitsvertrag und nur 0,01 Prozent sind sozialversichert.

Marcelina Bautista hat dazu beigetragen, dass in Lateinamerika etwas möglich wurde, was weltweit als eine der größten Herausforderungen für Gewerkschaften gilt, nämlich informell Beschäftigte zu organisieren. Sie hat erfolgreich dafür gekämpft, den Frauen eine Stimme zu geben, die hinter privaten Hausmauern oft isoliert und dem Willen und der Willkür ihrer Arbeitgeber(innen) ausgeliefert sind.

Dies hob auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seiner Laudatio hervor. Der informelle Sektor müsse stärker in den Fokus der Gewerkschaften gerückt werden, nicht etwa, weil er ein besonderer Sektor von Arbeit sei, sondern weil er ein besonders schlechter sei. Und letztendlich sei der Kampf für freie und würdige Arbeit ein Kampf für die Menschenrechte.

[↑ Zurück Index](#)

## Publikationen

Die aus der Projektarbeit entstehenden und sie begleitenden Veröffentlichungen erscheinen in der Regel in Spanisch oder Portugiesisch und richten sich an Leserinnen und Leser in Lateinamerika.

### Publikationen in Spanisch und Portugiesisch

Una migración de puentes, no de muros: la integración social del migrante; reforma a la ley general de migración y extranjería de Costa Rica / [elaborado para la Representación de la Fundación Friedrich Ebert en Costa Rica] por Adrian Jiménez y Carlos Chaves - San José: Friedrich-Ebert-Stiftung - fesamericacentral, 2010



[herunterladen](#)

Emancipación y cambio social: la acción colectiva de los movimientos sociales / J. Álvaro Cáliz R. - Tegucigalpa: Friedrich-Ebert-Stiftung - fesamericacentral, 2010



[herunterladen](#)

De la seguridad nacional a la seguridad regional: el tratado marco de seguridad democrática en Centroamérica a la luz de las teorías sobre paz y conflictos esbozadas por el Dr. Vicente Martínez Guzmán / [elaborado para la Representación de la Fundación Friedrich Ebert en Costa Rica por Mario Zamora Cordero] - San José: Friedrich-Ebert-Stiftung - fesamericacentral, 2010



[herunterladen](#)

Tácitas y estrategias para contar: [historias de la gente sobre conflicto y reconciliación en Colombia] / Natalia Franco, ed. Centro de Competencia en Comunicación para América Latina, Friedrich-Ebert-Stiftung - Bogotá, 2010



[herunterladen](#)

Por qué nos odian tanto?: (estado y medios de comunicación en América Latina) / Omar Rincón, ed. Centro de Competencia en Comunicación para América Latina, Friedrich-Ebert-Stiftung - Bogotá, 2010



[herunterladen](#)

Comunicación: una ley humana: ideas para formular un nuevo cuerpo jurídico sobre medios y comunicación social - La Paz, 2010



[herunterladen](#)

Identidad, desarrollo y cultura en la metrópoli paceño-alteña: entre las desconfianzas y la comunidad no imaginada / Gonzalo Rojas Ortuste; Lucía Casanovas Urday - [Electronic ed.] - La Paz: FES-ILDIS, 2010



[herunterladen](#)

Análisis Y Propuestas: La política exterior del gobierno de Piñera: el discurso y las primeras decisiones, Boris Yopo Herrera, Junio 2010



[herunterladen](#)

Bases programáticas para un nuevo consenso progresista. De la derrota electoral hacia un nuevo futuro en Chile, Mayo 2010



[herunterladen](#)



Análisis Y Propuestas: El programa laboral del gobierno de Piñera, Diego López, Mayo 2010



[herunterladen](#)

Análisis Y Propuestas: Del éxito al fracaso Concertacionista: El gobierno de Michelle Bachelet y la derrota electoral 2010, Augusto Varas, Abril 2010



[herunterladen](#)

Las claves de la derrota y los ejes de la refundación del progresismo, Eugenio Rivera U., Enero 2010



[herunterladen](#)

Consenso progresista: política exterior de los gobiernos progresistas del Cono Sur; convergencias y desafíos / Org.: Yesko Quiroga, Autores: Terra Friedrich Budini, Fundación Friedrich Ebert, 1. ed. - São Paulo, 2010



[herunterladen](#)

Nueva Sociedad: Mare Nostrum. América Latina y las economías del Pacífico, Número 228, Julio/Agosto 2010



[herunterladen](#)

Nueva Sociedad: ¿El huevo o la gallina? Economía y política en América Latina, Número 229, Septiembre/Octubre 2010



[herunterladen](#)

Regionalismo y soberanía nacional en América Latina: los nuevos desafíos, Andrés Serbin, Argentina, Buenos Aires, Agosto 2010



[herunterladen](#)

Manual de la democracia social 1, Tobias Gombert et al., [Ed.: Julia Bläsius ... Publ. de la Fundación Friedrich Ebert, Academia para la Democracia Social], - 1. ed., Buenos Aires: Nueva Sociedad, 2010



[herunterladen](#)

## ■ Publikationen in Englisch

Study: The Impact of Organized Crime on Democratic Governance in Latin America, Francisco E. Thoumi, Raúl Benítez Manaut, Marcelo Fabián Sain, Francine Jácome, July 2010



[herunterladen](#)

## ■ Publikationen in Deutsch

Nueva Sociedad: Sonderheft 2010, Argentinien auf der Couch: Träume und Traumata einer verunsicherten Nation



[herunterladen](#)

Lateinamerika: Fortschritte, Blockaden und der Aufstieg Brasiliens/Gewerkschaften und wirtschaftliche Entgrenzung/NATO und Kernwaffen in: Internationale Politik und Gesellschaft Online: International Politics and Society, 2010



[herunterladen](#)

Perspektive: Lateinamerika vor dem Klimagipfel von Cancún: Gemeinsame Herausforderungen, unterschiedliche Positionen, November 2010



[herunterladen](#)

Perspektive: Möglichkeiten und Grenzen einer progressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik in Lateinamerika: Das Beispiel Uruguay, November 2010



[herunterladen](#)

Perspektive: Vom Untergrund zur mächtigsten Frau der Welt? Präsidentschaftswahlen in Brasilien, Oktober 2010



[herunterladen](#)

Perspektive: Mit neuen Allianzen aus der Reformkrise? Mexiko nach den Regionalwahlen 2010, August 2010



[herunterladen](#)

[↑ Zurück Index](#)

## Personalia

### Personelle Veränderungen

Es gibt folgende personelle Veränderungen im Referat Lateinamerika und Karibik:

| Einsatzland /-ort / Zuständigkeit                 | Name              | seit          |
|---|-------------------|---------------|
| Berlin (Sachbearbeiterin)                         | Claudia Freimann  | Oktober 2010  |
| Berlin (Referent Andenländer)                     | Stephan Reichert  | November 2010 |
| El Salvador, Guatemala, Honduras (Projektleitung) | Valeska Hesse     | Dezember 2010 |
| Brasilien (Stellv. Projektleitung)                | Martina Hennecken | Mai 2011      |

[↑ Zurück Index](#)



V. i. S. d. P.: Dörte Wollrad  
© 2010 Referat Lateinamerika und Karibik  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastr. 28  
D-10874 Berlin  
Tel. (030) 269 35-7483  
Fax (030) 269 35-9253

[Newsletter abonnieren](#)  
[Abbestellen](#)  
[Kontakt](#)

Redaktion: Simone Mayer  
Design und Satz: Jule Wocke